



Birdseye - Newsletter von BirdLife Europe

Vol. 9, Nr. 4, April 2015,

Das englische Original finden Sie unter:

<http://www.birdlife.org/europe-and-central-asia/media/birdseye-newsletter>

Inhalt

Vorwort

- Endlich einmal gute Nachrichten

Neues aus der EU

- Und Tschüss (schädliche) Kraftstoffe
- „Vereinfachung?“ Für die Landwirtschaft in Europa keine Lösung
- Bewertung der EU-Politik: EEA legt Bericht über den Zustand der Umwelt vor
- Warum das Emissionshandelssystem die Natur schädigt
- Das Europäische Parlament tut das Richtige für die Ostseefischerei

BirdLife Aktivitäten und Erfolgsgeschichten

- Malta verpasst eine Gelegenheit die Frühjahrsvogeljagd zu beenden
- Heißes Rennen für den Vogelschutz
- Kiko und Kuki brauchen Ihre Unterstützung

Events

Vorwort

Endlich einmal gute Nachrichten

von Luca Bonaccorsi

Naturliebhaber haben selten Grund zu Feiern. Nicht nachhaltige wirtschaftliche Aktivitäten, teils aus Eigeninteresse oder aus Ignoranz heraus, führen zu einer beängstigend schnellen Naturzerstörung. Die meisten uns bekannten Lebensräume und Arten befinden sich in einem schlechten Zustand. Es ist uns zwar gelungen, einige zu schützen, aber diese Erfolge werden nun wieder aufs Spiel gesetzt. Denn das Schlagwort „Deregulierung“ und der Mythos, dass Umweltvorschriften einen hohen Verwaltungsaufwand bedeuten, stehen wieder hoch im Kurs.

In dieser schwierigen Situation mussten sich einige von uns einer neuen Herausforderung stellen: den nicht nachhaltigen erneuerbaren Energieträgern. Es war nicht einfach, sich in Zeiten, in denen sogar in Schutzgebieten nach Erdöl und Erdgas gebohrt wurde und in denen die Zeichen des Klimawandels immer deutlicher wurden, gegen erneuerbare Energieträger auszusprechen. Dennoch mussten wir das bei den Biokraftstoffen der ersten Generation tun.

Frühzeitigen Warnungen zum Trotz hat die Politik in diesen neuen, angeblich nachhaltigen, boomenden Markt investiert. Viele Wälder wurden gerodet und in Palmölplantagen umgewandelt, Grünland wurde umgepflügt und es wurden Raps- und Maisfelder angelegt. Diese neue Nachfrage nach Biomasse, die häufig durch Steuervergünstigungen noch befeuert wurde, hatte enorme Investitionen und eine Verdrängung der Anbauflächen für Lebensmittel in bislang nicht bewirtschaftete Gebiete zur Folge.

Vom Feld in den Tank – diese naive Idee, dass wir unsere SUVs und unsere Kraftwerke mit farbenfrohen Blüten, Samen und „Grünzeug“ betreiben - hat sich als irreführend erwiesen. Hier in Europa hat es fünf Jahre gedauert, bis ein Wandel erreicht werden konnte: Fünf Jahre politischer Auseinandersetzungen und intensiver Forschung.

Aber es hat sich etwas getan. Heute, so berichtet Trees Robijns, hat Europa den nicht nachhaltigen Biokraftstoffen den Rücken gekehrt. Die Einigung, die im Umweltausschuss (ENVI) erzielt werden konnte, ist bei weitem nicht perfekt und muss auch noch Ende des Monats im Plenum verabschiedet werden, aber sie setzt ein starkes politisches Zeichen: Diese Zeiten sind vorbei, eine Ära geht zu Ende. Diese Entscheidung wird weitreichende Konsequenzen haben, auch außerhalb Europas.

Europa ist einer der größten Importeure von Biomasse, aber diese Entscheidung macht weltweit deutlich: die Zukunft liegt woanders. Investoren und Politiker: Aufgepasst!

Neues aus der EU

Und Tschüss (schädliche) Biokraftstoffe

von Trees Robijns



Schädliche Biokraftstoffe stoppen © BirdLife Europa

Europa hat den Biokraftstoffen der ersten Generation den Rücken gekehrt und erste Schritte in eine neue Richtung unternommen. In dieser Woche haben der Umweltausschuss und der Rat eine Einigung zu ILUC unterzeichnet - somit gehören jahrelange Diskussionen über Biokraftstoffe endlich der Vergangenheit an.

Am 14. April hat der Umweltausschuss (ENVI) beim Thema Indirekte Landnutzungsänderungen (ILUC) und Biokraftstoffen dem "Alles oder Nichts"-Ansatz des Rates zugestimmt. Mit dieser Entscheidung hat der Ausschuss sehr viele seiner ursprünglichen Standpunkte aufgegeben, die erst vor [eineinhalb Monaten formuliert worden waren](#). Stattdessen wurde eine neue Richtung eingeschlagen: Europa wird nicht länger Biokraftstoffe der ersten Generation unterstützen und auch die Transportpolitik soll in Zukunft nachhaltiger werden.

Länger als fünf Jahre wurde um ILUC gerangelt. Das Gerangel begann, als die Richtlinie über Erneuerbare Energien (RED) sowie die Richtlinie über die Kraftstoffqualität (FQD) im Jahr 2009 verabschiedet wurden. Damals wurden für den Verkehrssektor Ziele für erneuerbare Energie und die Senkung von durch Kraftstoffe hervorgerufene CO₂-Emissionen festgelegt. Dies führte zu immensen Investitionen in klassische Biokraftstoffe: Biokraftstoffe, die aus Feldfrüchten hergestellt wurden, z.B. Biodiesel aus Raps oder Ethanol aus Getreide. Sie können ohne

weiteres mit herkömmlichen Kraftstoffen vermischt und an der Zapfsäule getankt werden, und keiner weiß, woher sie stammen.

Bereits 2009 regten sich erste Bedenken bezüglich der Nachhaltigkeit von Biokraftstoffen: Woher sollte das zusätzlich benötigte Land kommen? Würden diese Kraftstoffe auf bislang nicht bewirtschaftete Flächen angebaut, z.B. in wertvollen Naturgebieten? Diese direkten Effekte mussten verhindert werden. Aber was ist mit den indirekten Effekten? Was geschieht, wenn Biokraftstoffe auf bestehenden landwirtschaftlichen Flächen angebaut würden, mit der Folge, dass weltweit die Lebensmittelerzeugung verdrängt würde?

Diese Probleme wurden damals bei der Verabschiedung der Richtlinien nicht gelöst, und so wurde fünf Jahre lang über die Folgen von Biokraftstoffen, Landnutzungsänderungen, Lebensmittelpreise, ethische Themen wie „Tank statt Teller“, indirekte Emissionen, Auswirkungen auf die biologische Vielfalt, Wasserverbrauch, bestehende Investitionen, Arbeitsplätze usw. diskutiert. Am 14. April wurde nun im Umweltausschuss abgestimmt und es wird erwartet, dass am 29. April auch das Plenum des Europäischen Parlamentes und kurz danach der EU Ministerrat dieses Votum bestätigen werden.

Wie sieht nun der endgültige Kompromiss aus und was bedeutet er? Es gibt drei wesentliche Elemente: *Deckelung der Biokraftstoffe der ersten Generation*: es wurde eine Deckelung auf sieben Prozent vereinbart, was zur Folge hat, dass das Wachstum dieser flächenverbrauchenden Biokraftstoffe gemindert wird (derzeit wird ihr Anteil im Verkehrssektor auf 8,6 Prozent geschätzt). Dies muss in Zusammenhang mit Aussagen der Kommission [in der Mitteilung der Europäischen Kommission zur Klima- und Energiepolitik 2020-2030](#) gesehen werden. Darin hat die Kommission bewusst alle zukünftigen Ziele für den Verkehrssektor abgeschafft und angekündigt, dass aus Nahrungsmittelpflanzen gewonnene Biokraftstoffe nicht mehr öffentlich gefördert werden. Dies bedeutet de facto, dass nach 2020 Biokraftstoffe der ersten Generation nicht mehr subventioniert werden.

Ein zweiter Punkt ist die Berichterstattung über indirekte Emissionen: Diese Berichterstattung wird ein klares Zeichen setzen, auch wenn diese Emissionen idealerweise bereits bei der Entscheidung über eine Subventionierung von Biokraftstoffen berücksichtigt wurden. Europa kann keine glaubwürdige Klimapolitik verfolgen und gleichzeitig jedes Jahr hohe indirekte Emissionen melden: Die Berichterstattung wird uns alle dazu motivieren, effektivere Lösungen zur Senkung der CO₂-Emissionen im Verkehrssektor zu erarbeiten.

Auch geht aus dem verabschiedeten Kompromiss hervor, *worauf wir uns als nächstes konzentrieren müssen*: die Mitgliedstaaten haben ein niedriges Richtziel von 0,5 Prozent für „fortschrittliche Biokraftstoffe“ vorgeschlagen. Dies betrifft (einige fragwürdige) Rohstoffe wie Abfallprodukte aus Industrie oder Land- und Forstwirtschaft, die nun als „fortschrittlich“ bezeichnet werden. Flankiert wird dies mit Formulierungen wie „zukunftsorientierter“ Energieeffizienz und Elektrifizierung aus erneuerbaren Energien. Dennoch ist die zentrale Botschaft, dass die Gesetzgeber ein nachhaltigeres System schaffen möchten, damit sich Fehler aus der Vergangenheit nicht wiederholen (dies ist etwas, das Investoren diesmal ernsthaft berücksichtigen müssen). Daher haben Politiker Regeln für Biokraftstoffe bezüglich Abfallhierarchie, Kaskadennutzung, Vermeidung des Wettbewerbs um landwirtschaftliche Anbauflächen etc. aufgestellt. Dies sollten Schlüsselemente für eine Politik sein, die sicherstellt, dass alle Arten der Bioenergie nachhaltig sind. Die Kommission führt diese in ihrer [Mitteilung zur Energieunion](#) explizit auf.

Viele waren von der Abkürzung ILUC verwirrt, laut Umweltausschuss ist diese jedoch absolut treffend. Europa ist bereit, den Biokraftstoffen der ersten Generation den Rücken zu kehren und erste Schritte in eine neue Richtung einzuleiten.

„Vereinfachung?“ Für die Landwirtschaft in Europa keine Lösung

Von Trees Robijns



Maisfeld © VM Stella, Flickr

Der Begriff „Vereinfachung“ ist eines von Präsident Junckers zweifelhaften Schlagworten. In Zeiten der „Deregulierung“ verbirgt sich hinter diesem Begriff eine steigende Zahl an Ausnahmen, die Schlupflöcher für Landwirte darstellen. Das Beispiel Frankreich beweist dies: Maismonokulturen werden künftig als „grün“ erachtet. Dies hat die Kommission um Juncker unterschrieben und bewilligt.

Das Thema „Vereinfachung“ wurde von Anfang an von Kommissionspräsident Juncker vorangetrieben. Der Begriff findet sich bereits in seinem [Mandat](#) an Phil Hogan, Kommissar für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung. Und Phil Hogan hat dieses Thema für die Jahre 2015 und 2016 zur Priorität erklärt. Es gab bereits intensive Gespräche mit den [Mitgliedsstaaten](#) und mit dem [Parlament](#), aber noch gab es keine wirklichen Gespräche mit der Zivilgesellschaft. Die Gründe hierfür sind einerseits verständlich, andererseits wurden wir zu oft enttäuscht, z.B. wenn Landwirtschaftsministerien einzelner Länder die Öffentlichkeit nicht anhörten – oder nicht anhören wollten.

Daher freute es uns sehr, dass Kommissar Hogan an [unserer Konferenz](#) teilnahm. Sie wurde von der [EEB](#), dem [Danish Ecological Council](#) und BirdLife Europa abgehalten, um zu diskutieren, ob eine nachhaltige Landwirtschaft in der EU eine Zukunft hat, und um den Bürgern Gelegenheit zu geben, ihre Meinung kundzutun. In seiner [Rede](#) betonte Hogan, dass für eine nachhaltige Wirtschaft eine nachhaltige Umwelt unabdingbar sei. Er konnte uns jedoch nicht vollständig davon überzeugen, dass er bestehende

und künftige Umweltprobleme in der Landwirtschaft angehen wird. Ja, er hat die jüngste schwierige Reform geerbt und muss 50 Jahre Politik ausbaden. Dennoch stellt sich die Frage, ob er an diesem alten Erbe festhält oder ob er den Mut findet, einen neuen und nachhaltigen Weg zu beschreiten. Im aktuellen [Bericht der Europäischen Umweltagentur „Die Umwelt in Europa: Zustand und Ausblick 2015“](#) wird ein düsteres Bild gezeichnet. Zum Beispiel befinden sich 63 Prozent des Grünlands in einem ungünstigen Erhaltungszustand, was uns erneut vor Augen führt, warum ein neuer Weg nach vorne die beste Lösung wäre.

Zweifel an der Umweltfreundlichkeit der Kommission wurden vor wenigen Wochen erneut angefasst, als die Kommission erklärte, dass Mais-Monokulturen „grün“ seien. Dies geschah in dem Versuch, französische Landwirte von neuen, aus der GAP resultierenden, Verpflichtungen zu befreien, gemäß denen sie mehrere verschiedene Früchte auf ihren Feldern hätten anbauen müssen. Prompt pries die französische Maislobby dieses neue Schlupfloch als „Vereinfachung“. Dass aber diese Verpflichtung eingeführt wurde, um eben genau diese durch Monokulturen hervorgerufenen Probleme zu bekämpfen, sei jetzt mal dahingestellt. Die neue GAP-Farce hat ihren Höhepunkt erreicht. Als Kommissar Hogan bei unserer Konferenz darauf angesprochen wurde, gab er an, er habe lediglich frühere Rechtsvorschriften umgesetzt. Dabei erwähnte er nicht, dass die Entscheidung, dass Frankreich weitermachen kann wie bisher, unter seiner Verantwortung gefällt wurde – und nach heftigen Diskussionen innerhalb der Kommission.

Die Umweltbewegung hat bislang keine Stellungnahme zur Vereinfachung abgegeben, im Gegensatz zu anderen Interessengruppen. Dies liegt daran, dass wir uns fragen: Warum sollen wir Zeit in eine Politik investieren, die nicht halten wird, was sie verspricht? Stattdessen investieren wir unsere Zeit lieber in eine Verbesserung der ländlichen Entwicklung, um sicherzustellen, dass Gelder in hochwertige Naturschutzarbeit fließen. Auch investieren wir Zeit, die Umsetzung von Greening-Maßnahmen in der ersten Säule zu beobachten, z.B. Mais und andere Monokulturen, um dann grundlegende Probleme zu thematisieren. Es ist uns wichtiger, etwas vor Ort zu

erreichen, als eine Politik zu vereinfachen, die gegen die Wand fahren wird. Aber dies bedeutet nicht, dass wir mit den Ergebnissen der Vereinfachung nicht so konstruktiv wie möglich umgehen werden. Auch wenn die Chancen dafür denkbar schlecht stehen.

In der Zwischenzeit haben die BirdLife-Partner die Situation von Grund auf überdacht. Der [NABU](#) (BirdLife-Partner in Deutschland), hat gerade erst ein Diskussionspapier veröffentlicht, in dem er den derzeitigen „integrierten Ansatz“ bei der EU-Naturschutzfinanzierung, bei dem aus verschiedenen Fonds die notwendigen Mittel bereit gestellt werden sollen, als weitgehend gescheitert ansieht (weitere Informationen [hier](#)). In dem Papier werden sehr ernüchternde Schlüsse über die Unterfinanzierung gezogen, die in den nächsten Jahren effektive Maßnahmen zum Schutz der Biologischen Vielfalt in Deutschland und auch in anderen Ländern verhindern wird. Der NABU erläutert, warum es bislang nicht gelungen ist, ausreichend zielgerichtete Mittel bereitzustellen, insbesondere aus dem [Fonds zur Entwicklung des Ländlichen Raums](#). Im Anschluss werden zwei mögliche Modelle vorgestellt, mit denen die Verpflichtung zur angemessenen EU-Kofinanzierung im Naturschutz Realität werden könnte: ein eigener EU-Umweltfonds sowie die Sicherstellung einer gleichberechtigten Rolle des Naturschutzes bei der Nutzung bestehender EU-Fonds. Beide Modelle würden eine massive Umschichtung von derzeit für landwirtschaftliche Direktzahlungen verwendeten Subventionen ("erste Säule" der Gemeinsamen Agrarpolitik) bedeuten.

BirdLife wird diese Ideen in Brüssel vorbringen und wir hoffen, dass wir eine wichtige Diskussion lostreten können. Bei dieser Diskussion soll es nicht darum gehen, wie die Politik weiter vereinfacht werden kann, sondern es soll darum gehen, wie wir gemeinsame Ziele erreichen können und wie wir den Rückgang der biologischen Vielfalt stoppen und den Negativtrend umkehren können – auch auf landwirtschaftlichen Flächen in ganz Europa.

Wir hoffen, dass Kommissar Hogan offen für diese grundlegende Diskussion ist, statt sich lediglich auf eine oberflächliche „Vereinfachung“ zu konzentrieren.

Bewertung der EU-Politik: EEA legt Bericht über den Zustand der Umwelt vor

Von Wouter Lanhout



Landschaft in Europa © Amanda Rogers

Eine Möglichkeit, sich einen Überblick über den Zustand der Natur in der EU zu verschaffen, ist der [Bericht der Europäischen Umweltagentur \(EEA\)](#). Die Ergebnisse dieses alle fünf Jahre herausgegebenen Berichts sind durchwachsen.

Ein Ergebnis ist unmissverständlich: beim Thema biologische Vielfalt schneiden wir richtig schlecht ab. Etwa 60 Prozent der Arten haben noch keinen günstigen Erhaltungszustand erreicht und etwa 77 Prozent der durch die FFH-Richtlinie geschützten Ökosysteme müssen als geschädigt angesehen werden. In der Landwirtschaft konzentriert man sich immer stärker und um jeden Preis darauf, maximale Erträge zu erzielen. Dadurch werden landwirtschaftliche Flächen für Pflanzen und Tiere unbewohnbar. Der Flächenverbrauch für die städtische Entwicklung steigt, Flüsse und Bäche wurden angestaut und verändert. Die Verschmutzung ist größer als je zuvor, das Klima verändert sich und invasive Pflanzen- und Tierarten verdrängen heimische. Es sieht nicht gut aus und wir hinken bei der Erfüllung der 2011 von den Staats- und Regierungschefs verabschiedeten Zielen der EU-Biodiversitätsstrategie weit hinterher.

Laut der EEA könnte dieser Trend durch eine ordnungsgemäße Umsetzung der Biodiversitätsstrategie 2020 umgekehrt werden. Aber damit dies gelingt, müssen wir die Herausforderungen meistern, vor die uns bestimmte Industriebranchen und EU-Gesetze stellen. Beispielsweise müssen wir sicherstellen, dass unsere Flüsse durch Düngemittel

nicht weiter verunreinigt werden. Auch wird in dem Bericht betont, dass mindestens 15 Prozent der geschädigten Ökosysteme wiederhergestellt werden müssen und dass grüne Infrastruktur (Grünflächen in der Stadt und auf dem Land) gefördert werden muss.

Europa punktet beim Thema Umweltgesetze. Im Großen und Ganzen funktionieren sie, denn dank dieser Gesetze sind die Ökosysteme in einem viel besseren Zustand als sie ohne sie wären und auch die Gesundheit der Bürger hat sich verbessert. Bei näherer Betrachtung waren die Umweltgesetze sogar gut für die Finanzbücher. Beispielsweise trägt allein das Schutzgebietsnetzwerk Natura 2000 jährlich zwischen 200 und 300 Milliarden Euro zur europäischen [Wirtschaft](#) bei. Umweltgesetze haben für Innovationen gesorgt und einen Markt für umweltfreundliche Produkte und Aktivitäten geschaffen, die eine nachhaltigere Wirtschaft fördern.

Was die Zukunftsperspektive angeht werden wir sicher keine besonders gute Noten bekommen. Vieles was außerhalb Europas geschieht hat auch Auswirkungen auf die Umwelt in der EU. Neben der EU sind auch andere Länder wie die USA große Erzeuger von Kohlendioxidemissionen (CO₂). Daher kann der Klimawandel nur durch weltweite Maßnahmen bekämpft werden. Gleichzeitig wird durch das Konsumverhalten der Europäer die Umwelt in anderen Ländern geschädigt. Der Import von Bioenergiepflanzen in die EU hat die Abholzung von Wäldern in anderen Regionen der Erde zur Folge. In dem Bericht wird deutlich, dass radikale Veränderungen nötig sind, damit wir nicht mehr verbrauchen, als die Natur uns zur Verfügung stellen kann, d.h. dass wir innerhalb der Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten leben.

Das Gesamturteil des Berichtes fällt leider recht negativ aus. Niemand bekommt gerne schlechte Noten, aber diese Bewertungen sollten als eine Art Weckruf angesehen werden. Wir erhalten einen Überblick, in welchen Bereichen es gut läuft und wo wir mehr tun müssen. Wenn wir den Mut haben, die notwendigen Entscheidungen zu treffen, werden wir die Ziele des 7. Umweltaktionsprogrammes mit dem Titel „Gut Leben innerhalb der Belastbarkeits-

grenzen unseres Planeten“ und die europäische Leitidee bis 2050 erreichen können. Also, packen wir es an und tun jetzt und in Zukunft das, was getan werden muss - damit wir in fünf Jahren bessere Ergebnisse vorweisen können.

Weitere Informationen finden Sie hier:

<http://www.eea.europa.eu/de/pressroom/newsreleases/die-umwelt-in-europa-2015>

Warum das Emissionshandelssystem die Natur schädigt

Von Sini Erajaa



Rapsfeld © FLPA

Das Emissionshandelssystem der EU geht fälschlicherweise davon aus, dass jede Art von Bioenergie einen positiven Beitrag zum Klimaschutz leistet. Die Wahrheit ist, dass durch das Verbrennen von Biomasse Emissionen freigesetzt werden und ihr Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels gering ist. BirdLife Europa fordert daher die Europäische Kommission auf, diese Einstufung zu überarbeiten.

Stellen Sie sich Wiesen mit einer hohen biologischen Vielfalt vor, z.B. blühende Pflanzen, Schmetterlinge und Vögel. Nun werden diese Wiesen umgebrochen, es wird Mais angepflanzt und es werden Pestizide ausgebracht. Und warum all das? Der Grund liegt nicht darin, dass sich Mais einer steigenden Beliebtheit erfreut. Die Ursache lässt sich vielmehr in der derzeitigen Politik der EU finden, denn laut dieser wird Mais(-biomasse), der für die Erzeugung von Energie angebaut wird, als "kohlenstoffneutral"

eingestuft. Ähnlich verhält es sich mit Bäumen, welche für das Verbrennen von Pellets als Energiepflanze gefällt werden. Unglaublich, dass dies in Europa als "kohlenstoffneutral" angesehen wird.

Mit Hilfe des Emissionshandelssystems (ETS) will die EU den Klimawandel bekämpfen: der Ausstoß von CO₂ kostet etwas und gleichzeitig wird der Übergang zu kohlenstoffarmen Technologien gefördert. Doch obwohl die Reduzierung der Emissionen das Ziel des ETS ist, stoßen Kraftwerke jedes Jahr enorme 90-150 Millionen Tonnen CO₂ aus, die im ETS nicht berücksichtigt werden. Wie kann das sein? Dies ist möglich, da diese Emissionen aus Bioenergie stammen, die im ETS falsch berechnet werden.

Im derzeitigen Emissionshandelssystem wurde der Emissionsfaktor von Biomasse fälschlicherweise auf Null gesetzt. Dies hatte zur Folge, dass verstärkt Biomasse als Energieträger genutzt wurde. Bei einem derzeitigen ETS-Preis von sieben Euro pro Tonne CO₂ beträgt der Anreiz zwischen 630 Mio. Euro und eine Milliarde Euro pro Jahr. Im Jahr 2012 verbrauchte die EU 86,5 Millionen ölequivalente Tonnen Biomasse für Heizen und Elektrizität. Aus einer [neuen Studie](#) von Transport & Environment, BirdLife Europa und dem Europäischen Umweltbüro geht hervor, dass mindestens die Hälfte dieser Biomasse in emissionshandelspflichtigen Anlagen verbrannt wurde. Daraus folgt, dass enorme CO₂-Emissionen nicht berücksichtigt wurden.

Die Wissenschaft hat bereits aufgezeigt, dass das Verbrennen von Biomasse nicht CO₂-neutral ist. Die Emissionen sind z.T. vernachlässigbar gering, z.T. aber auch höher als Emissionen, die durch die Verbrennung von fossilen Energieträgern freigesetzt werden. Dies hängt von Art und Herkunft der Biomasse ab. Derzeit stuft das ETS jede Art von Biomasse als klimafreundlich ein und sieht darin ein hilfreiches Mittel beim Kampf gegen den Klimawandel.

Erneuerbare Energien können zur Bekämpfung des Klimawandels beitragen, aber nur dann, wenn sie nicht anderweitige Umweltschäden verursachen. Wir können eine umweltfreundliche Energiewende schaffen, dies kann jedoch nur dann geschehen,

wenn wir die richtigen Anreize schaffen. Der Anbau von Bioenergie hat uns vor viele Herausforderungen gestellt – das versprochene Wundermittel war es nicht. Vielmehr ist die Nachfrage nach Land- und Waldflächen gestiegen. Der Hunger nach Bioenergie hat dazu geführt, dass der Holzeinschlag gestiegen ist und dass Grünland für den Anbau von Bioenergiepflanzen umgebrochen wurde. Verstärkt wurde dieser Hunger nach Bioenergie durch Richtlinien wie dem ETS. Insbesondere die Kombination von Einspeisevergütungen und ETS haben einen Holzpellets-Boom ausgelöst. Die Nutzung von Holzpellets zur Elektrizitätsproduktion haben die [Zerstörung wertvoller Bruchwälder und der dort lebenden gefährdeten Vögel in den USA](#) zur Folge.

Die Europäische Kommission überprüft nun die ETS-Richtlinie für die Zeit nach 2020 und hat bereits eine Anhörung zu diesem Thema abgehalten. BirdLife Europa hat die Kommission aufgefordert, den „Nullfaktor“ von Biomasse in der europäischen ETS zu überarbeiten und damit an den Stand der Wissenschaft anzupassen. Wir benötigen eine umfassende Überarbeitung der europäischen Klima- und Energiepolitik, damit unser Kampf gegen den Klimawandel nicht auf Kosten unserer wertvollen Ökosysteme und zu Lasten unserer Vögel geht.

Der Klimawandel ist nicht nur für die Menschen und die Natur eine Katastrophe, er hat auch Auswirkungen auf die Vogelwelt. Die Audubon Society (BirdLife Partner in den USA) schätzt, dass [314 nordamerikanische Vogelarten](#) durch den Klimawandel bedroht oder gefährdet werden. Vögel benötigen spezifische Habitate um zu überleben, gemäß der Prognose wird sich der Klimawandel nachteilig auf ihre Bestände auswirken.

Wenn wir unsere wahren Treibhausgas-Emissionen weiter verstecken, werden wir beim Kampf gegen den Klimawandel scheitern. CO₂-Emissionen in Höhe von 90-150 Millionen Tonnen zu ignorieren ist ein Fehler, den wir uns einfach nicht leisten können.

Das Europäische Parlament tut das Richtige für die Ostseefischerei

Von Bruna Campos



Fischer mit ihrem Fang © B. Watkins

Das Europäische Parlament hat etwas getan, um die Überfischung in der Ostsee zu stoppen und um Meeressäuger und Seevögel zu retten.

Wir fischen zu häufig, oft an den falschen Stellen und zur falschen Zeit im Jahr. Dabei sterben zahllose nichtkommerzielle Fischarten, Seevögel und Meeressäuger. Kürzlich gab es endlich einmal wieder gute Nachrichten aus dem Europäischen Parlament. Am 31. März 2015 stimmten die Mitglieder des Fischereiausschusses für die Erreichung eines [Guten Umweltzustands](#) (GES). Dieser soll erreicht werden, indem die Überfischung gestoppt und der Einfluss von Fischereiaktivitäten auf Meeressäuger und Seevögel minimiert wird.

Das neue Mandat des Fischereiausschusses wird sicherstellen, dass die zulässigen Fangmengen unter der erlaubten Höchstgrenze ([maximum allowable limit](#) = FMSY) bleiben, die von Wissenschaftlern empfohlen wird. Nur so kann sichergestellt werden, dass die kommerziellen Fischbestände nicht aufgrund von Überfischung zusammenbrechen. Durch Fangbeschränkungen können sich Fischpopulationen auf natürliche Art und Weise erholen, ein maximal nachhaltiger Ertrag kann erzielt werden und gleichzeitig wird dem Zusammenbruch der Fischbestände und möglichen ökonomischen Problemen vorgebeugt.

Darüber hinaus hat der Fischereiausschuss wichtige Änderungen veranlasst, die sicherstellen, dass Abhilfemaßnahmen, wie die Änderung von

Maschengrößen bei Netzen oder ein Fischereiverbot in bestimmten Gebieten, durchgesetzt werden, bevor es zu spät ist. Dies steht im Gegensatz zu den Vorschlägen der Europäischen Kommission, die erst dann Maßnahmen ergreifen will, wenn ein Bestand beinahe zusammengebrochen ist.

Insgesamt widerspricht das vom Ausschuss verabschiedete Dokument in vielen Dingen den Vorschlägen der Europäischen Kommission. Diese war nicht nur bei den Zielsetzungen der [Gemeinsamen Fischereipolitik](#) (Gesetze die eine nachhaltige Fischerei in der EU fördern), uneinheitlich, sondern wiesen auch Mängel bei Schutzmaßnahmen auf, um ein nachhaltiges Fischereimanagement zu erreichen.

Die Bewirtschaftung der Fischbestände in der Ostsee wird nun angepasst werden, um den Zielsetzungen der [Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie](#) zu entsprechen (die gesunde und produktive Meere in der gesamten EU zum Ziel haben). Dies bedeutet einen großen Schritt in Richtung Naturschutz. Kommerzielle Fischbestände werden nachhaltig genutzt und ebenso werden Einflüsse, wie der Beifang von Plattfischen, Seevögeln und marinen Säugetieren berücksichtigt.

Der Bericht des Fischereiausschusses wird dem Plenar am 28. April vorgelegt. Es ist ein Mandat des gesamten Europäischen Parlamentes nötig, damit die Verhandlungen mit dem Rat aufgenommen werden können. Dies sollte ein klares Signal in Richtung Rat sein, dass die Umsetzung der [Gemeinsamen Fischereipolitik](#) vorangeht. Eine Stellungnahme des Rates wird für den 20. April erwartet. Werden die Mitgliedstaaten ebenfalls für die Nachhaltigkeit sein? Wir werden es bald herausfinden.

Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte Bruna Campos, EU Marine and Fisheries Policy Officer bei BirdLife: Bruna.Campos@birdlife.org.

BirdLife Aktivitäten und Erfolgsgeschichten

Malta verpasst eine Gelegenheit die Frühjahrsvogeljagd zu beenden

Von Elodie Cantoloube



Foto mit freundlicher Genehmigung von Hans Peeters

Am Samstag, dem 11. April verpassten die Einwohner Maltas bei einem nationalen Bürgerentscheid die Gelegenheit, der umstrittenen Frühjahrsvogeljagd in ihrem Land ein Ende zu setzen. Eine Entscheidung, die auf den Vogelschutz in ganz Europa und darüber hinaus Auswirkungen haben wird.

Malta liegt entlang der Zugroute zwischen Afrika und Europa und ist ein wichtiger Rastplatz für unzählige Zugvögel auf ihrer Reise nach Norden in ihre Brutgebiete. Die Frühjahrsjagd war lange ein umstrittenes Thema in dem Land: Sie ist nach [EU-Recht](#) verboten, aber mehrere maltesische Regierungen hintereinander haben [Ausnahmegenehmigungen](#) eingeführt, die die Tötung bestimmter Zugvögel erlauben, darunter seltene und gefährdete Arten.

Malta ist das einzige Land in Europa, in dem die Tötung von [Turteltaube](#) und [Wachtel](#) im Frühjahr erlaubt ist. Der Bestand beider Arten nimmt in Europa gravierend ab: die Zahl der Turteltauben ist seit 1980 um 77 Prozent zurückgegangen. Viele seltene und geschützte Vogelarten werden von Jägern während der Frühjahrsjagd gezielt geschossen.

Am letzten Wochenende gaben 250.648 Malteser (75 Prozent der Bevölkerung) bei einer Volksabstimmung zur Frühjahrsjagd auf Zugvögel in Malta

ihre Stimme ab. Danach hat sich eine hauchdünne Mehrheit von 50,9 Prozent aller Wahlberechtigten für die Beibehaltung der Frühjahrsjagd auf Zugvögel ausgesprochen. Es hatten lediglich 2.220 Stimmen gefehlt, um der umstrittenen Frühjahrsjagd ein Ende zu bereiten.

Ariel Brunner von BirdLife Europa erklärte: „Wir respektieren die Abstimmung, aber wir bedauern das Ergebnis. Malta befindet sich nun in einer unschönen Situation. Die derzeitige Ausnahme-genehmigung für die Frühjahrsjagd widerspricht EU-Recht und muss daher überarbeitet werden, ungeachtet des Ausgangs des Bürgerentscheids. Der maltesischen Regierung steht es frei, Ausnahmeregelungen im Sinne der heutigen Wahl zu genehmigen. Diese müssen jedoch mit den EU-Gesetzen konform sein, zu deren Einhaltung sich die Regierung verpflichtet hat. Dieser Fall macht einmal mehr deutlich, warum es so wichtig ist, dass der Schutz der Natur in Europa von einer EU-weiten Gesetzgebung abhängt.“

Die Vögel, die im Frühling über Malta hinwegziehen, befinden sich auf dem Weg in ihre Brutgebiete. Sie sind auf ihrem Zug einer Reihe von Gefahren ausgesetzt und zahlreiche Rastgebiete sind akut von Zerstörung oder Verschlechterung bedroht. In Europa ist die Frühjahrsjagd gesetzlich verboten, da dabei die Elternvögel geschossen werden, die den Winter bereits überlebt haben und in wenigen Wochen zur Brut schreiten würden. Dies gefährdet sowohl Reproduktions- als auch Populationszahlen. Das Festhalten an der Frühjahrsjagd bedeutet eine Behinderung des Vogelschutzes in Europa.

Im Vorfeld des Referendums hatten 43.000 Malteser eine Petition zur Abschaffung der Frühjahrsjagd unterschrieben. Auch wenn nun die Abstimmung nicht das von Naturschützern erhoffte Ergebnis hatte: das Thema Natur und Umwelt haben seitdem einen festen Platz auf der Regierungsagenda.

BirdLife Malta hat mit einer Kampagne für den Stopp der Frühjahrsjagd geworben. Steve Micklewright, der Vorsitzende von BirdLife Malta, sagte: „Natürlich sind wir vom Abstimmungsergebnis enttäuscht. Trotzdem ist es uns gelungen, dieses Thema in Malta und in ganz Europa in den Mittelpunkt zu rücken.

Tausende Malteser waren beteiligt und konnten entscheiden. Tausende haben sich dafür ausgesprochen, der Frühjahrsjagd ein Ende zu setzen und wir sind sicher, dass diese Leute auch weiterhin als Verfechter des maltesischen und europäischen Naturschutzes auftreten werden. Diese Tatsache darf nicht unterschätzt werden.“

Heißes Rennen für den Vogelschutz

von Jonathan Meyrav, Projektkoordinator



Jedes Team will so viele Vogelarten wie möglich nachweisen © SPNI

Fast 24 Stunden lang traten einige der weltbesten Ornithologen in Israel gegeneinander an, um in einem spannenden Rennen Geld für den Vogelschutz zu sammeln.

Am 25. März starteten 135 Vogelbeobachter beim zweiten Wettbewerb [Champions of the Flyway Race](#). Dies war eine der unglaublichsten Veranstaltungen, an welchen wir jemals teilgenommen haben. Insgesamt machten [31 Teams](#) mit Teilnehmern aus Israel und 13 anderen Ländern mit. 15 Teams starteten bei internationalen und 16 Teams bei nationalen Wettbewerben. Das Gebiet, in dem gezählt wird, ist riesig und anspruchsvoll und erstreckt sich von Eilat im Süden bis zum Hochland der Wüste Negev im Norden. Jedes Team entwirft eine ausgeklügelte Strategie, um in dem vorgegebenen Zeitraum möglichst viele Vogelarten zu beobachten. Währenddessen treffen die Teams häufig aufeinander.

Die Aufregung stieg noch weiter, als gegen zehn Uhr morgens berichtet wurde, dass einige der Teams aus wichtigen Gebieten in der Meishar Ebene wegen militärischer Aktivitäten eskortiert wurden. Eigentlich sollte das Gebiet für die Ornithologen frei zugänglich sein, aber die Sicherheitskräfte verweigerten den Teams die Vogelbeobachtung. Diese gaben jedoch nicht so schnell auf: sie stoppten ihre Autos immer wieder, beobachteten ein paar Minuten lang Vögel und fuhren dann weiter.

Am Nachmittag konzentrierten sich die meisten Teams auf den Bereich Eilat, zuerst auf die Salinen und dann auf den Nordstrand. Es war unglaublich, mit welcher Geschwindigkeit die Teams aus ihren Autos schossen, mit dem Ziel, neue Seevogelarten zu beobachten und ihre Listen zu ergänzen. Am Ende des Tages wurde es noch sehr dramatisch. Einige Teams waren voller Zuversicht, während andere im Sand saßen und realisierten, dass ihre Taktik nicht aufgegangen war und dass sie eine Stunde vor Sonnenuntergang keine Chance mehr hatten. Ab 19 Uhr trudelten die ersten Teams ein, um ihre Listen an die Schiedsrichter zu übergeben. Die meisten Teams erreichten das Ziel bis 23 Uhr, nur ein paar willensstarke Nachzügler händigten ihre Liste erst kurz vor Mitternacht aus.

Dieses Jahr machte das Team „Cape May Bird Observatory (Leica) American Dippers“ das internationale Rennen. Sie beobachteten unglaubliche 168 Arten und gewannen drei Ferngläser von Swarovski. Sofort spendeten die „Dippers“ (Wasseramseln) galant ihre Geschenke an das sprachlose Team von [BirdLife Zypern](#). Die Ferngläser werden in Zypern genutzt, um Kindern in Zypern die Schönheit von Wildvögeln nahezubringen. Gut gemacht „Wasseramseln“, dies ist eine tolle Geste. Aber wir müssen zugeben, der Wettkampf war ziemlich eng, mit den „Arctic Redpolls“ aus Finnland (gesponsert von Zeiss) auf dem zweiten Platz mit 167 Arten und den „Reservoir birds“ aus Spanien und den „Northern Lights“ aus Finnland, die sich mit 163 Arten den dritten Platz teilen.

Der Nationale (Israel) Champions of the Flyway Wettkampf war auch unglaublich. Einige von Israels angesehensten Vogelbeobachtern traten neben

Amateuren, pensionierten Doktoren, Armeegenerälen und über 15 Kindern an. Die Gewinner in diesem Jahr sind die „JBO Orioles“ vom [Jerusalem Bird Observatory](#), die am Ende beeindruckende 179 Arten gefunden haben, Rekord beim „Champions of the Flyway Big Day“! Sie erhielten 5000 NIS, die sie an ein Umweltprojekt ihrer Wahl spenden werden. Die „Pied Bushchats“ belegten knapp den zweiten Platz mit 176 Arten und die „Terns“ kamen auf den dritten Platz mit 170 Arten.

Neben den Hauptpreisen für die höchste Anzahl an Arten, ging der Titel „Knights of the Flyway“ an das „Next Generation Birders Team“, da sie ihre Zeit dafür opferten, wertvolle Informationen mit anderen Teams vor und während des Wettkampfes zu teilen, um diesen zu helfen. Sie haben ein Paar wertvoller Swarovski Optik SLC's 10x50 gewonnen, die sie an ein BirdLife Projekt ihrer Wahl spenden werden. Der Titel „Guardians of the Flyway“ wurde an die „Birdwatch/Birdguides Roadrunners“ übergeben, da sie für die Kampagne gegen das Fallenstellen auf Zypern am meisten Geld sammelten: 7.500 \$ der insgesamt gesammelten 50.000 \$. Die „Birding Ecotours“ aus Südafrika und die „Dutch Knights“ haben ebenfalls beachtliche Geldsummen gesammelt.

Das Projekt, das von der [Society for the Protection of Nature in Israel](#) und [Birdlife International](#) durchgeführt wurde, hat weltweit für Aufsehen gesorgt, denn es wird als das bedeutendste Fundraising-Projekt für den Vogelschutz angesehen. Das Projekt zielt darauf ab, eine der größten Bedrohungen für Vögel anzugehen: das illegale Töten von Vögeln und das Fallenstellen entlang der Zugvogelrouten.

Dieses Jahr war es ein tolles Event, aber jeder stimmt zu, dass die wahren Gewinner des „2015 Champions of the Flyway“ die Vögel Zyperns sind. Das Team von BirdLife Zypern hat Israel mit einem Scheck über 35.000 \$ verlassen. Das Geld wird direkt in Aufklärungsprogramme fließen, um gegen das illegale Töten und Fangen der Vögel vorzugehen. Alles in allem wurden bisher über 50.000 \$ gesammelt, doch die Spendensammlung geht weiter.

Bleiben Sie dran! Mehr Infos über den diesjährigen Wettkampf erhalten Sie auf: www.champions-of-the-flyway.com

Und auf dem Israel Birds Portal: www.birds.org.il

Wir hoffen, Sie alle im nächsten Jahr wieder zu sehen!

Einen großen Dank auch an BirdLife International und ganz besonders an Jim Lawrence, den israelischen Minister für Tourismus, den Eilat Municipality und Tourism board, die Hoopoe foundation, IBRCE Park und Angestellte, Swarovski Optik, Zeiss, Leica, Yuval Dax, Guy Lavian, Yona, Itai Shanni, Noam Weiss, Meidad Goren, Nadav Israeli, und natürlich Dan Alon.

Kiko und Kuki brauchen Ihre Unterstützung



Kiko und Kuki, Gift-Spürhunde © V. Saravia

Jeder weiß, dass Hunde die besten Freunde des Menschen sind, aber in Griechenland sind ein paar ganz besondere Hunde auch gute Freunde von Vögeln und anderen Tieren. [Kiko und Kuki](#) sind darauf trainiert, [Giftköder und vergiftete Kadaver](#) zu finden, bevor diese von anderen Tieren gefressen werden. Sie retten so das Leben vieler Wildtiere.

In der Region Thrakien im Nordosten Griechenlands, durchstreifen Schakale, Wölfe und Bären die Berghänge, Greifvögel kreisen über den Bergen und Geier gleiten über gewaltige Massive. Sie fressen Tierkadaver und sind deshalb die Gesundheitspolizei. Doch manche Menschen sehen in diesen Wildtieren eine Bedrohung für ihr Vieh und legen

verbotenerweise Giftköder und vergiftete Kadaver aus, um sie zu töten. Dies hat verheerende Auswirkungen auf alle dort lebenden Wildtiere. Beispielsweise wurden 2012 am Fluss Nestos vier [Steinadler](#) und fast 40 [Gänsegeier](#) getötet – das entspricht einem Verlust von 40 Prozent der griechischen Gänsegeierpopulation.

Auch kann man eine tragische Geschichte von Lazarus, dem [Schmutzgeier](#) (einer gefährdeten Art), erzählen. Dieser wurde liebevoll wieder gesund gepflegt, nachdem er einen vergifteten Kadaver gefressen hatte. Bei seiner Freilassung 2012 wurde Lazarus mit einem Satellitensender versehen. Wir konnten beobachten, wie er Griechenland verließ, den Winter in Afrika verbrachte und 2013 wieder Richtung Heimat flog. Seine lange Reise führte ihn über Ägypten, Israel, das vom Krieg erschütterte Syrien und über die Türkei. Doch zwei Tage nachdem er die griechische Grenze überflogen hatte, nur 200 km von seiner Heimat entfernt, fraß er einen vergifteten Köder und starb. Es gibt in Griechenland nur noch zehn Brutpaare des Schmutzgeiers. Unter diesen Umständen wird es nicht mehr lange dauern, bis diese Vögel der Vergangenheit angehören werden.

Doch jetzt, mit der Hilfe von Kiko und Kuki, zwei perfekt ausgebildeten Gift-Spürhunden, können wir diese unnötige Tragödie stoppen. Bisher sind diese Hunde mit ihren Hundeführern hundertmal in den Nationalparks Dadia und Meteora auf Streife gegangen. Im letzten Jahr haben sie 30 Wildtierkadaver gefunden, die durch Gift getötet wurden, außerdem mehr als zehn Kilogramm Giftköder, die beseitigt wurden, bevor sie anderen Tieren zum Verhängnis wurden.

Kiko und Kuki finden das Gift, bevor es weiteren Schaden anrichtet. Auch können dank ihrer Hilfe Gebiete abgegrenzt werden, in denen gezielt Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt werden kann. Die Menschen sollen überzeugt werden, dass Giftköder unnötig sind, da das Vieh auch mit Hilfe anderer Methoden geschützt werden kann.

Damit Kiko und Kuki ihre wichtige Arbeit fortsetzen können und dazu beitragen können, den gefährdeten Schmutzgeier vor der Ausrottung zu

bewahren, benötigen wir Ihre Hilfe. Bitte unterstützen Sie die [Hellenic Ornithological Society](#) (griechischer BirdLife Partner) und das [Neophron Project](#). Klicken Sie auf [FundRazr](#), um die Kosten für Hundefutter und Tierarzt abzudecken. Diese belaufen sich jährlich auf mehrere 1000 Euro.

Mit einer 30-Euro-Spende kann man Kiko und Kuki bis zu einer lang Woche füttern

Mit einer 40-Euro-Spende leisten Sie einen Beitrag zu anfallenden Tierarztkosten

Mit einer 60-Euro-Spende unterstützen Sie regelmäßige Patrouillen, durch die Giftköder gefunden und entfernt werden können.

Jeder einzelne Euro zählt, [bitte spenden Sie!](#)

Ein großes Dankeschön an [Birdwing](#) dafür, dass sie die FundRazr Kampagne ins Leben gerufen haben. Alle bisher eingenommenen Spenden sind Birdwing zu verdanken.

Events

21. Mai 2015, Rom:

[Leaving is Living](#) Konferenz über illegales Töten von Vögeln, organisiert von LIPU.

Januar - Juni 2015:

Lettische EU-Ratspräsidentschaft. Erfahren Sie mehr über die Empfehlungen von BirdLife Europa zu einer erfolgreichen Präsidentschaft auf unserer [Website](#).

Kontakt

Sabine Wiedenhöft, Assistentin des Fachbereichs Naturschutz und Umweltpolitik
Tel. 030-284984-1600; E-Mail: Sabine.Wiedenhoeft@NABU.de

Impressum: NABU-Bundesverband, Charitéstraße 3, 10117 Berlin, www.NABU.de.
Übersetzung: Eva Schubert, Fotos: Fotolia/view7, Dr. C. Moning, W. Rolfes, 04/2012